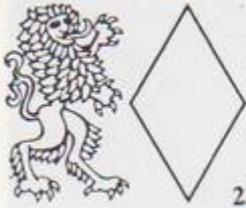


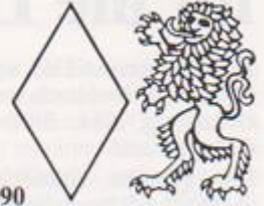
NEUSTADT-KURIER



23. Ausgabe

Meinungen
Informationen
Perspektiven

Oktober 1990



Zu Besuch im Landtag

Auf Einladung des 1. Vizepräsidenten des Bayerischen Landtages, Siegfried Möslein, war 2. Bürgermeister Bernhard Häfner zu Gast im Maximilianeum.

Hierbei ergab sich die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl, in dessen Verlauf der Neustadter Bürgermeister auf die Probleme aufmerksam machte, welche durch die Grenzöffnung für seine Heimatstadt entstanden sind.

Bernhard Häfner im Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl.



FEHLANZEIGE!

Man wird sich noch gut daran erinnern: Vor einem knappen Jahr gab es eine große Diskussion in Neustadt um fehlende Bauplätze. Der heutige OB-Kandidat der CSU, Bernd Häfner, hatte damals in einer Diskussion im Stadtrat darauf hingewiesen, daß kaum noch Bauplätze vorhanden seien. Großes Geschrei bei der SPD – auffällige Stille in der Verwaltung. Dies waren die ersten Reaktionen auf die Vorwürfe von B. Häfner. Dann kamen zwar einige Verwaltungsvorlagen, wo angeblich noch eine ganze Reihe von Bauplätzen vorhanden seien, allerdings wurde übersehen, daß Häfner kritisiert hatte, daß im Innenstadtbereich nichts mehr vorhanden sei. Die Bauplätze in Meilschnitz, Fürth, Fehenheim und den anderen Stadtteilen waren nie bestritten, allerdings auch von den Bauwilligen nicht sehr gefragt. Wo es haperte war klar, die Bauverwaltung hatte einfach nicht rechtzeitig daran gedacht, ihre Pläne fortzuentwickeln.

Mittlerweile konnte durch die Aufplanung des Bereiches „Thanner Weg“ zwar im Wohnungsbau einiges erreicht werden, auch dort sind aber die Bauplätze schon wieder zu einem Großteil vergeben. Dies ist erfreulich, zeigt es doch, daß

die Bürger gerne in Neustadt leben wollen. Um jedoch weiterhin hier leben zu können, bedarf es natürlich auch der Arbeitsplätze. In einer Zeit, in der Neustadt zu einem wichtigen Industriestandpunkt werden könnte, war jedoch wieder festzustellen, daß die Verwaltung ihren üblichen Trott nicht ablegte: Verwaltungsvorschriften, Förderrichtlinien, Zuschußanträge... der übliche und langwierige Weg wurde eingeschlagen. Unter der Maßgabe, nur ja keine Mark an Fördermitteln zu verlieren, vergaß man die wichtigsten Grundsätze, die für die Wirtschaft gelten: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst...!

Von Kritik aus der Bevölkerung aufgeweckt, kam es nunmehr zu einem politischen Streit, der allerdings dazu führte, daß der Beweis der Wirtschafts-Unfreundlichkeit offenbar wurde. Ein mittelständischer Betrieb, der stark expandiert und dringend Platz brauchte, mußte nach Rödental gehen, wo eben Industriegebiet da war, das auch sofort nutzbar gemacht werden konnte.

Wie doppelzünftig die Verhaltensweise auch von SPD-Politikern ist, zeigt sich an diesem Beispiel recht deutlich: Einerseits

jammert man darüber, daß viele Jugendliche nach ihrer schulischen Ausbildung aus Neustadt weggehen, andererseits ist man jedoch nicht in der Lage, qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, daß die Jugendlichen mit ihren zukünftigen Familien auch hierbleiben können. Vielleicht ändert sich dies nach dem 15. Januar 1991!

J.W.

KALENDER

Mittwoch: 18.00 - 19.00 Uhr - Samstag: 11.00 - 12.00 Uhr
Öffnungszeiten des CSU-Bürgerbüros, Ernststraße

Mittwoch 6. Okt. 90; 10.00 Uhr, Marktplatz - CSU Treff, Rolly-Toys-Rennen, Luftballonwettbewerb

Donnerstag 18. Okt. 90; 20.00 Uhr, Grünthal - Auftaktversammlung für den OB-Wahlkampf mit dem Kandidaten der CSU, Bernhard Häfner

Freitag 19. Okt. 90; 20.00 Uhr - Bürgerversammlung Bergdorf mit dem 2. Bürgermeister Bernhard Häfner

Mittwoch 24. Okt. 90; 20.00 Uhr, Lindenhof/Ketschenbach - Wahlveranstaltung mit dem OB-Kandidaten Bernhard Häfner

Freitag 26. Okt. 90; 20.00 Uhr - Bürgerversammlung Wildenheid mit dem 2. Bürgermeister Bernhard Häfner

Dienstag 30. Okt. 90; 20.00 Uhr, Gaststätte Monika Scheler, Haarbrücken - Wahlveranstaltung mit dem OB-Kandidaten Bernhard Häfner

Freitag 2. Nov. 90; 20.00 Uhr - Bürgerversammlung Meilschnitz mit 2. Bürgermeister Bernhard Häfner

Mittwoch 7. November 90; 20.00 Uhr, Alte Post - Versammlung der Frauen-Union Neustadt

Neustadts Kandidatin, CSU Liste 1, Platz 19, für die Landtagswahl 1990

Elke Protzmann (36), verheiratet, 2 Kinder, seit rund 10 Jahren Mitglied der CSU im Ortsverein Neustadt bei Coburg. Ortsvorsitzende der Frauen-Union Neustadt seit Gründung 1984. Stellvertretende Kreisvorsitzende der CSU und Frauen-Union Coburg-Land.

Die gelernte Steuerfachgehilfin und praktische Betriebswirtin/Wirtschaftsassistentin gehört seit der Kommunalwahl im Frühjahr dieses Jahres dem Stadtrat an und ist dort im Kultur-, Sport- und Städtepartnerschafts-, Rechnungsprüfungs- und Steuerstundungsausschuß tätig.

Das Engagement für die Kinder als Auslöser

Frage: Wie kam E.P. zur Politik?

„Das Interesse an der Politik ist mit meinen Kindern gewachsen. Die Arbeit als Elternbeirat im Kindergarten und in der Schule bildete den Anfang. Es gab und gibt gerade jetzt genug Motivation, die Arbeit auf breiter Ebene in der CSU für

Neustadt und seine Bevölkerung fortzusetzen.“

Familie

Frage: Kann E.P. ihre politische Tätigkeit mit Familie und Beruf ohne Schwierigkeiten vereinbaren?

„Ja, da mich mein Mann tatkräftig unterstützt! Eine gute Organisation des Haushalts und die Versorgung der Familie ist Grundvoraussetzung. Wenn ich abends fortgehe zu Versammlungen oder Sitzungen, bleibt mein Mann daheim und umgekehrt! Und ich bin auch jederzeit erreichbar. Der Vorrang der Familie ist heute manchmal noch eine Schutzbehauptung von Frauen, die sich davor fürchten, politisch aktiv zu werden. Ich bedauere



das, denn es müßten viel mehr Frauen „den Mund auf tun“! **Frauen gehören auf jeder politischen Ebene dazu!** B.H.

CSU

Auflage: 7000 Stück

Verleger:

CSU-Stadtratsfraktion, vertr. d. d. Vorsitzenden L. Weitz

Herausgeber: B. Häfner

Verantwortliche Redakteure:

A. Bätz, K.-D. Bätz, B. Häfner, J. W. Heike, G. Knoch, F.

Nachtigall, J. Petrautski, E. Protzmann, J. Sauer, U. Scheler,

L. Weitz.

Mauert der OB?

Immer dringender wird die Forderung der Feuerwehr nach einer zweiten Zufahrt zum Krankenhaus.

Schon seit Jahren weist die CSU-Stadtratsfraktion auf die katastrophalen Zufahrtsverhältnisse zum Neustadter Krankenhaus hin, aber alle Anträge, eine zweite Zufahrt zu bauen, wurden mehrfach von der SPD-Mehrheit auf die lange Bank geschoben.

Am 28.5.1990 beschloß dann der neue Stadtrat endlich, gegen die Stimmen der SPD, eine breite Zufahrt in Verlängerung der Gabelsberger-Straße zu bauen. Alle Stadträte waren sich einig, daß die Straße wegen der momentan gefährlichen Situation sehr schnell gebaut werden sollte. Aufgrund der Dringlichkeit dieser Angelegenheit brachte der Oberbürgermeister einen provisorischen Ausbau der Straße, im Vorgriff auf den Vollausbau ins Gespräch. Diese Dringlichkeit war aber schnell wieder vergessen, als die von der SPD favorisierte Variante keine Mehrheit fand.

So führte der OB schon am 20.7.1990 ein Gespräch mit den betroffenen Grundstückbesitzern der Gabelsberger-Straße. Aber weder auf der Stadtratssitzung vom 27.7.1990, noch auf der Sitzung vom 21.9.1990 wollte der SPD-Oberbürgermeister den Stadtrat auf die Probleme beim Ankauf der benötigten Flächen hinweisen. Erst eine Anfrage des CSU-Stadtrates Uwe Scheler brachte die Schwierigkeiten ans Licht. Daraufhin stellte die SPD-Fraktion den Antrag, die Straße provisorisch auszubauen, weil die Situation zur Zeit – so meinte jedenfalls Walter Knauer – unerträglich sei, und man nicht länger warten könne.

So wäre es recht! Da bringt es die SPD in 5 Jahren absoluter Mehrheit nicht fertig, auch nur den kleinsten Beitrag zur Sicherheit der Krankenhauspatienten zu leisten. Erst als eine Stadtratsmehrheit mit den CSU-Stimmen den Vollausbau der Gabelsberger-Straße bis zum Krankenhaus beschließt, bekommt man es selbst plötzlich eilig. Nun ist eine sogenannte Notzufahrt dringend notwendig.

Undurchsichtig ist die Rolle des Oberbürgermeisters, der schon vor den Verhandlungen mit den betroffenen Eigentümern ankündigte, daß diese die für eine Straße benötigten Flächen sowieso nicht bereitstellen würden.

Weise Voraussicht, Wunschdenken, oder wird Hellmut Grempel zum verlängerten Arm der SPD-Fraktion? U.S.

14. Oktober 1990 Landtagswahl

**Deutschland kommt.
Bayern bleibt stark.**

Mit uns.

CSU

Siegfried Möslein

Liste 1



Bernhard Häfner, Oberbürgermeisterkandidat der CSU, steht Rede und Antwort



Zur Person

Bernhard Häfner, geboren am 20. Mai 1951; Besuch der Volksschule Heubischer Straße, anschließend des Arnold-Gymnasiums Neustadt; Abitur im Jahr 1971; Studium der Bauingenieurwissenschaften an der Technischen Universität München (Abschluß als Diplomingenieur univ. für Bauwesen); verheiratet seit 1976 mit Ulrike geb. Knauer; 2 Kinder: Florian (12 J.) und Angelika (9 J.); Mitglied des Stadtrates Neustadt seit 1978; 3. Bürgermeister seit 1984 und 2. Bürgermeister seit dem 1. Mai 1990.

Frage: Sie streben das Amt des Oberbürgermeisters in Neustadt an und sind sicher davon überzeugt, es auch zu erreichen.

Trotzdem die Frage, was Sie tun würden, wenn Sie unterliegen.

Antwort: „Leider habe ich, wenn Sie jetzt meine berufliche Zukunft meinen, nicht den Vorteil, mich als Beamter oder Ange-

stellter des öffentlichen Dienstes aus einer gesicherten Position heraus zu einer Wahl zu stellen, wie dies bei meinen beiden Gegenkandidaten der Fall ist. Als Unternehmer – und somit verantwortlich für 80 Arbeiter und Angestellte und deren Familien – ist man in einer ungleich schwierigeren Position. Ich habe deshalb zum 1. Januar dieses Jahres die Firma O. Häfner voll an meine Schwester übergeben und stehe ihr bis zum Jahresende noch beratend zur Seite.“

Sollten mir die Bürger meiner Heimatstadt ihr Vertrauen nicht schenken, werde ich mich gezwungenermaßen nach einem neuen Betätigungsfeld als Bauingenieur umsehen müssen, mich aber dennoch weiterhin als „echtes Neustadter Kind“ intensiv für die Belange unserer Stadt einsetzen!“

Frage: Ihr Wahlkampf motto lautet: „Neustadt liegt mir am Herzen!“ – wie ist dies inhaltlich zu verstehen?

Antwort: „Neustadt ist meine Heimat, die Heimat meiner Familie. Ich habe 4 Jahre in München studiert und gelebt, war begeistert von dieser Stadt und bin dennoch – als einer der wenigen – nach Neustadt zurückgekehrt, um meine Zukunft hier aufzubauen. Ich habe immer versucht, in den vergangenen 12 Jahren, die ich als Stadtrat und Bürgermeister hier tätig war, die Probleme der Bürger zu erkennen und in praktische Politik umzusetzen. Soweit es mir meine knapp bemessene Freizeit erlaubt, nahm ich Anteil am Neustadter Vereinsleben, wobei meine besondere Liebe auch heute noch den Handballern gehört. Meine Bewunderung gilt all denjenigen, die uneigennützig und aufopfernd jegliche Vereinstätigkeit am Leben erhalten, nicht zuletzt im Interesse unserer Jüngsten. So bin ich auch sehr stolz auf das Erziehungs- und Bildungsniveau an unseren Neustadter Schulen. Seit vielen Jahren wirke ich selbst als Vorsitzender des Fördervereins im Interesse des Arnold-Gymnasiums.“

Auf kulturellem Gebiet müßten meiner Meinung nach jedoch die Bemühungen intensiviert werden, um die Jugend in Neustadt zu halten. Wir sollten es nicht länger gedankenlos hinnehmen, daß unsere Jugendlichen Wochenende um Wochenende nach Coburg ziehen, um dort etwas zu „erleben“. Zweifellos besitzt unsere Stadt Liebreiz und Charakter, doch das alleine wird zukünftig nicht ausreichen!“

Frage: Bleibt Ihnen angesichts der momentanen Doppelbelastung durch Beruf und Politik noch Zeit für Hobbys?

Antwort: „Mein Hobby ist meine Familie. Da auch die Wochenenden meist mit politischen und gesellschaftlichen Verpflichtungen ausgefüllt sind – wobei mich meine Familie gerne und tatkräftig unter-

stützt – verbringe ich die wenigen freien Stunden am liebsten zu Hause oder in der Gesellschaft guter Freunde. Gemeinsam mit den Kindern machen wir uns gerade jetzt im Herbst wieder auf, um – wie man bei uns so schön sagt – „in die Pfiffer zu



gehen“. Pilze suchen ist meine große Leidenschaft; ich liebe die Ruhe im Wald, und ich meine, wir sollten dankbar sein für soviel reizvolle Natur rund um unsere Puppenstadt.“

Frage: Wie stehen Sie zur derzeitigen Überbelastung unserer Umwelt?

Antwort: „Seit fast 10 Jahren wohne ich in der Coburger Straße, einer der zur Zeit meistbefahrenen Straßen Neustadts. Sicher würde auch ich – vor allem im Interesse meiner Kinder – lieber ein Haus im Grünen, in Ruhe und Abgeschiedenheit bewohnen, doch habe ich mich damals für den Wohnsitz in der Innenstadt entschieden – mit all seinen Vor- und Nachteilen. Auch meine Familie und ich leiden zur Zeit unter der Luftverschmutzung, dem Autolärm und den Verkehrsstaus allerorts hier; auch meine Frau wartet wie so viele andere Mütter Tag für Tag etwas ängstlich darauf, daß die Kinder wohlbehalten von der Schule oder aus dem Verein nach Hause kommen. Unsere persönlichen Probleme decken sich in vielem mit denen der Neustadter Bürger, und dennoch möchte ich an alle Betroffenen appellieren: Bewahren Sie noch etwas Geduld. Machen wir uns nicht gegenseitig mit Vorwürfen das Leben schwer, sondern arbeiten wir im Interesse einer qualitativ besseren Umwelt intensiv zusammen. Packen wir's an – ich selbst bin gerne dabei!“

**Neustadt
liegt mir
am Herzen!**

BERNHARD HÄFNER
Oberbürgermeister
für Neustadt

Die Deutsche Einheit ist ohne Neidsteuer zu finanzieren

Von Otto Regenspurger, MdB

Die ständige Forderung der SPD und der Grünen, endlich die Kosten der Deutschen Einheit offenzulegen, ist unredlich. Denn die Oppositionsparteien erwecken damit den Eindruck, diese Kosten wären exakt berechenbar. Doch das ist aus drei Gründen nicht möglich:

1. weil die kurzfristige Umstellung einer Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft in der Geschichte einmalig ist,
2. weil in der DDR keine statistischen Wirtschaftsdaten vergleichbar den Erhebungen der statistischen Landes- und Bundesämter vorhanden waren, und
3. weil der Prozeß der Deutschen Einheit eine Eigendynamik entwickelt.

Aus diesen Gründen wird deutlich, daß allenfalls zu bestimmten Zeitpunkten eine Bestandsaufnahme möglich ist. Man erhält damit Grunddaten, die für kurze Zeiträume eine Prognose erlauben. Je länger der Zeitraum, desto globaler die Prognosewerte und desto höher der Grad der Unsicherheit.

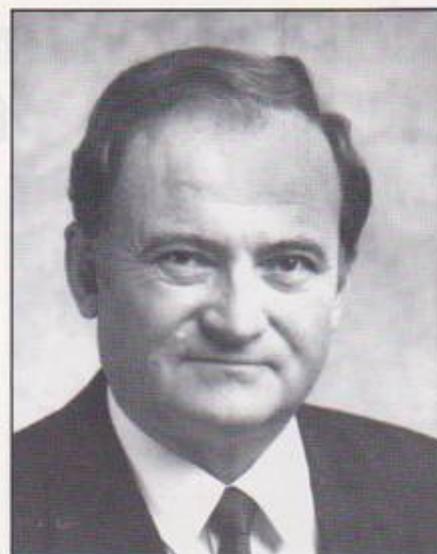
Und auf zwei Fragen hat Oskar Lafontaine noch immer keine Antwort gegeben. Will er ab einer bestimmten Höhe der Kosten etwa Nein zur Deutschen Einheit sagen? Oder will er mit dieser ständigen Fragestellung nur darüber hinwegtäuschen, daß in seinem Wahl-Konzept die Deutsche Einheit nicht vorkommt?

Die Deutsche Einheit – darin sind sich CDU/CSU und FDP einig – kann und muß ohne Steuererhöhungen finanziert

werden. Steuererhöhungen wirken im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf immer dämpfend auf die Konjunktur. In der Phase der Einigung Deutschlands ist aber das Gegenteil gefragt. Die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger muß erhalten bleiben. Außerdem ist staatliche Ausgaben- disziplin nur dann politisch durchsetzbar, wenn Druck zur Sparsamkeit besteht.

Bei der Diskussion wird ferner vergessen, welche Kosten die Teilung Deutschlands bislang jährlich gekostet hat, beispielsweise für die Berlin-Hilfe und die Rüstung. Es wird vergessen, welchen Aufschwung Deutschland – ein Markt von immerhin rund 80 Millionen Menschen – nehmen wird, ein Markt, der auch für ausländische Investoren äußerst interessant ist. Und es wird schließlich vergessen, daß die 16 Millionen Deutschen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen selbst Güter und Dienstleistungen produzieren. Sie leisten damit ebenfalls einen Beitrag zur Finanzierung staatlicher Aufgaben.

Mit der Neidsteuer, die Oskar Lafontaine einführen möchte, würde er einem wirtschaftlichen Aufschwung entgegenwirken und weiteste Teile der arbeitenden Bevölkerung treffen. Mit seiner sogenannten Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, die die SPD alle Jahre wieder als Wundermittel präsentiert, kann er allenfalls zwei Wirkungen hervorrufen:



Otto Regenspurger (aus Untersiemau, verheiratet mit Anke, 2 Kinder) vertritt seit 1976 als direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages den Stimmkreis Coburg-Kronach. Seit acht Jahren ist er als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten der Interessenvertreter von sechs Millionen behinderten Menschen in der Bundesrepublik. Regenspurger ist Stellvertreter Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes und Mitglied des ZDF-Fernsehrates.



Otto Regenspurger, Innenminister Dr. Schäuble und 2. Bürgermeister Bernhard Häfner bei der Vertragsunterzeichnung an der „Gebrannten Brücke“

1. Entweder die Ergänzungsabgabe erfaßt wirklich nur den geringen Teil der steuerlichen Spitzenverdiener, dann brächte sie vom Aufkommen nicht viel und wäre nicht weiter als Kosmetik für die sogenannte „soziale Symetrie“. Das hat SPD-Ministerpräsident Schröder bereits öffentlich eingestanden.

2. Sollte die SPD-Neidsteuer wirklich bedeutende Mehreinnahmen für den Staat bringen, dann müßte sie in der Steuerskala viel weiter unten ansetzen. Dies würde sich mit den noch immer aktuellen Plänen der SPD decken, die im Falle eines Wahlsieges den Einkommenssteuer-Tarif so umgestalten möchte, daß eine höhere Grenzbelastung bereits bei einem Jahreseinkommen ab 30400,- DM eintritt.

Zur Kasse würden also nicht nur die Chefs gebeten, sondern auch die Facharbeiter, also genau die Bürgerinnen und Bürger, deren Interessen die SPD immer vorgibt, besonders engagiert zu vertreten. Es bleibt nur einfach festzustellen und zu wiederholen, was Konrad Adenauer schon vor vielen Jahren sagte: „Das einzige, was Sozialisten vom Geld verstehen ist, daß sie es von anderen haben wollen.“ Auch bleibt festzustellen: Die Union ist die Steuerentlastungspartei. Und genau dies hat sich so positiv auf die Wirtschaft in den vergangenen Jahren ausgewirkt.